

**Zeitschrift:** Schaffhauser Beiträge zur Geschichte  
**Herausgeber:** Historischer Verein des Kantons Schaffhausen  
**Band:** 52 (1975)

**Artikel:** Parteien und Presse im Kanton Schaffhausen  
**Autor:** Joos, Eduard  
**Kapitel:** Vom Politischen Verein zur Politisch-freisinnigen Vereinigung (1884-1904)  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-841856>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Jugendzeit verbrachte, begann Hermann Schlatter eine Buchdruckerlehre, die er in Zürich beim Bruder des Verlegers der *Klettgauer Zeitung* beendete. In Bern machte er Bekanntschaft mit den radikalen Sozialdemokraten Dr. Nicolaus Wassiliew und Carl Moor und erlebte die turbulenten Jahre des Käfigturmkravalls. Dank seiner Schlagfertigkeit und Beredsamkeit gelangte Hermann Schlatter in den Vorstand der Berner Arbeiterunion und wurde mit dreiundzwanzig Jahren deren Präsident. 1897 wählte man ihn in den Berner Stadtrat und in die Steuerkommission. Der rührige Typograph gründete ausserdem die Berner Genossenschaftsdruckerei, die er aus Mitteln der Hallauer Spar- und Leihkasse finanzierte. Ohne Matur begann er das Studium der Jurisprudenz in Bern und setzte es in Basel fort, musste dann aber aus finanziellen Gründen auf einen Abschluss verzichten und kehrte mit leeren Taschen, aber reich an Erfahrungen nach Hallau zurück.

Arbeitersekretär und Redaktor des *Echo vom Rheinfall* zu sein war eine politische Schlüsselposition, die jeden Mann unweigerlich in das Rampenlicht der Öffentlichkeit stellen musste. Schlatters Wahl in den Kantonsrat folgte denn auch rasch und kampflos. Als der altliberale Kaufmann Johann Wildberger-Studer starb<sup>140</sup>, empfahl der ebenso altliberale Hermann Freuler den Sozialdemokraten Schlatter als seinen Kandidaten im *Intelligenzblatt*, mit dem Erfolg, dass niemand sich getraute, einen andern vorzuschlagen<sup>141</sup>. Hermann Schlatter wurde am 29. März 1903 ohne Gegenkandidat in den Kantonsrat gewählt, ein Ereignis, das im Wahlkreis Schaffhausen seit Jahrzehnten nicht vorgekommen war. Mit diesem Jahr beginnt die Tätigkeit der *Sozialdemokratischen Partei*, die im folgenden Jahr formell gegründet wurde (S. 225).

## Vom Politischen Verein zur Politisch-freisinnigen Vereinigung (1884 – 1904)

### Neugründung des Politischen Vereins

Als 1883 der von sozialdemokratischen Ideen beeinflusste *Grüt-liverein* einen klaren Wahlsieg gegenüber dem Bürgertum errungen

---

<sup>140</sup> Nachruf in ST 13.1.1903.

<sup>141</sup> Schlatter 20.



hatte, begann man sich auch auf seiten der politischen Gegner wieder mit Fragen der Parteiorganisation zu befassen. Seit der Verfassungsrevisionszeit der Jahre 1872 bis 1876 bestanden der *Politische Verein* und der *Volksverein* nebeneinander. Der *Politische Verein* hatte anlässlich der Kampfwahl, aus der Adolf Strub hervorging, erstmals seit vier Jahren ein Lebenszeichen von sich gegeben, während der *Volksverein*, der nach Abschluss der Verfassungsrevision ohne eigentlichen Inhalt war, dahinvegetierte und sich längere Zeit überhaupt nicht mehr in der Öffentlichkeit bemerkbar machte. In einer richtigen Einschätzung der politischen Lage beschlossen beide Vereinigungen, ihre Mitglieder einem einzigen, gemeinsamen Verein zuzuführen<sup>2</sup>, und lösten sich formell anlässlich einer Versammlung im «Thiergarten» auf<sup>3</sup>.

Am 19. April 1884 erfolgte die Gründung der gemeinsamen Vereinigung, die sich wieder die Bezeichnung *Politischer Verein* zulegte<sup>4</sup>. Laut Statuten, die in der Tagespresse veröffentlicht wurden<sup>5</sup>, machte sich der *Politische Verein* zur Aufgabe, öffentliche Angelegenheiten laufend zu besprechen und aktiv an den Wahlen teilzunehmen. Die konstituierende Versammlung wählte einen Vorstand, aus dessen Zusammensetzung der Wille der ideologischen Neutralität herausgelesen werden darf. Unter dem Präsidium von Reallehrer Gottfried Schönholzer amtierten Stadtrat Wilhelm Votsch, Forstmeister Georg Steinegger, Kaufmann Carl Gustav Bek-Kirchhofer, Polizeisekretär Heinrich Siegrist-Scheitlin, Grütlianerpräsident Georg Meister und Obergerichtsschreiber Heinrich Bolli. Als Aktuar wurde Kaufmann Ludwig Hasenfratz bestimmt<sup>6</sup>. Alle diese Männer galten als freisinnig und stimmten in der Ablehnung kirchlicher Autoritäten auf dem Gebiet der Politik überein. Ueber die konkreten Forderungen ist nichts bekannt, doch zeigen die Verhandlungen, dass sich der neue *Politische Verein* nicht ganz so offen und neutral gebärdete, wie er sich selbst gern gesehen hätte. Georg Meister und Adolf Strub, die beiden damals massgebenden Schaffhauser Arbeiterführer, versuchten im Laufe des Jahres 1884 mehrmals, den *Politischen Verein* zu einer Besprechung der Forderungen des Grütlianer-Parteiprogramms (S. 174) zu bewegen, hatten aber

---

<sup>1</sup> SI 20.2.1883.

<sup>2</sup> SI 14.1.1884.

<sup>3</sup> SI 19.4.1884.

<sup>4</sup> SI 22.4.1884.

<sup>5</sup> Abdruck in SI 20.4.1884.

<sup>6</sup> SI 31.10.1884.



keinen Erfolg<sup>7</sup>. Im November 1884 machte der *Politische Verein* von sich reden, als er versuchte, den Bruder von Nationalrat Wilhelm Joos, Regierungsrat Dr. Emil Joos, aus der Exekutive wegzuwählen<sup>8</sup>, was allerdings nicht gelang. Als der Angegriffene die zweithöchste Stimmenzahl aller Magistraten erhielt, bemerkte das *Intelligenzblatt*, der neugegründete *Politische Verein* habe sich durch seine Erfolglosigkeit bereits wieder überlebt<sup>9</sup>.

1886 übernahm Heinrich Bolli das Präsidium des *Politischen Vereins*<sup>10</sup>, der in der Folge zu einer profilierten Politik gelangte. Gemäss seinem Vorsitzenden, der jeden Anspruch der Sozialdemokraten bestritt und Proporzgedanken auch später unwirsch beiseite schob, wurde der *Politische Verein* zu einem Gremium, das sich dem *Grütliverein* entgegenstellte. Es macht den Anschein, als ob der neue Präsident nicht das Geschick hatte, durch eine demokratische Vereinsführung den *Politischen Verein* in die Breite wachsen zu lassen und ihn in der Öffentlichkeit zu verankern. Heinrich Bolli, der als Verhörriichter im Löhninger Mordfall durch seine Ueberführung der Täter berühmt geworden war, gründete seine politische Karriere weniger auf Popularität als auf zähen Einsatz auf der juristischen und militärischen Ebene, wo er Stufe um Stufe errang<sup>11</sup>. Bolli wurde einer der einflussreichsten Militärs, die Schaffhausen je stellen konnte. Als Oberst und Kommandant der Fortifikation Murten im Ersten Weltkrieg trug er den Spitznamen «kleiner Hindenburg». Die militärische Betätigung kam dem autoritären Wesen Bollis entgegen, und bezeichnenderweise beschäftigte er sich in der Justiz auf dem Gebiet des Strafrechts. Als Schöpfer der Schaffhauser Strafprozessordnung von 1909 und als Vorkämpfer für ein einheitliches Schweizerisches Strafgesetzbuch wurde er mit dem Ehrendoktor der Universität Basel ausgezeichnet. Seine Leistungen förderten politische Erfolge. Von 1906 bis 1933 amtierte Heinrich Bolli als Schaffhauser Ständerat, und in der Aera Motta bewährte er sich als schweizerischer Delegierter beim Völkerbund.

Obwohl sich keine Nachrichten über die ersten politischen Schritte und über die Präsidialjahre Bollis im *Politischen Verein* er-

---

<sup>7</sup> SI 21.10.1884, 31.10.1884.

<sup>8</sup> SI 9.11.1884.

<sup>9</sup> SI 7.12.1884.

<sup>10</sup> Gruner, Bundesversammlung 493.

<sup>11</sup> Biographische Daten in Gruner, Bundesversammlung 492—493. Biographie in SBVG 34, 1957, 271—284.



halten haben, darf vermutet werden, dass sein straffes Führungsprinzip und sein gouvernementaler Geist nicht überall gleich geschätzt wurden. Sie widersprachen im besonderen der Demokratisierungswelle, die den Kanton Schaffhausen in den Jahren 1894 bis 1899 ein zweites Mal überspülte. Der Einfluss des *Politischen Vereins* blieb auch aus anderen Gründen klein. Die Redaktoren der Schaffhauser Blätter hatten ein gestörtes Verhältnis zum *Politischen Verein*, und sowohl Eugen Müller vom *Tagblatt* wie Paul Uehlinger vom *Intelligenzblatt* weigerten sich bereits an der Gründungsversammlung, in den Vereinsvorstand einzutreten<sup>12</sup>. Sie begründeten ihre Haltung damit, dass sie dadurch ihre Unabhängigkeit verlieren würden, ein Indiz mehr, dass der *Politische Verein* parteipolitisch nicht völlig neutral war. Das Verhältnis zur Tagespresse verbesserte sich auch nach dem Tod von Paul Uehlinger nicht. Seine kritische Distanz zum *Politischen Verein* hatte sich aus seinem radikal-demokratischen Wesen ergeben. Auch Hermann Freuler, der neue Intelligenzblattredaktor, geriet anlässlich der Ständeratswahlen von 1895 und 1896 in einen klaren Gegensatz zum *Politischen Verein*. Eugen Müller schlug Heinrich Bolli als Kandidaten vor, wodurch das *Tagblatt* in die Nähe des *Politischen Vereins* rückte<sup>13</sup>. Es kam sogar zu einem Zweckbündnis, indem sich Redaktor Eugen Müller als Aktuar des *Politischen Vereins* wählen liess und so eine Brücke zwischen Verein und Tageszeitung schlug<sup>14</sup>. Doch das Volk wählte nicht Heinrich Bolli, sondern den Gegenspieler Hermann Freuler, worin sich die Unpopularität des *Politischen Vereins* erneut bewies. Mehr als ein Zweckbündnis konnte dagegen auch zwischen Bolli und Müller nicht bestehen, weil die persönlichen Gegensätze zwischen dem religiös gebundenen Müller und dem antikirchlichen Bolli viel zu stark waren.

### Stammtischpolitik statt Kantonalpartei

Persönliche Gegensätze waren es auch, die 1894 die Gründung einer kantonalen freisinnigen Partei verhinderten. Als sich die radikalen Parteihäupter aus der ganzen Schweiz zu einer Delegiertenversammlung der Freisinnigen am 25. Februar 1894 in Olten trafen, nahmen vom kleinen Kanton Schaffhausen nicht weniger als sieben

---

<sup>12</sup> SI 22.4.1884.

<sup>13</sup> SI 4.6.1895, 22.10.1896.

<sup>14</sup> SI 22.10.1896.



Männer teil. Folgerichtig wäre gewesen, wenn die sieben sogleich die längst fällige Parteiorganisation an die Hand genommen hätten. Doch der Redaktor der *Klettgauer Zeitung* beurteilte die Situation richtig, als er schrieb:

*Die Organisation einer kantonalen freisinnigen Partei steht bevor, so telegraphiert man der Basler «Nationalzeitung». Ob etwas Wahres an der Organisation einer freisinnigen Partei ist, wissen wir nicht. Viel wird wohl nicht daraus werden, denn im Kanton ist die Interessenpolitik leider massgebend und in eidgenössischen Dingen stand unser Kanton in der Regel zum Freisinn<sup>15</sup>.*

Der Redaktor, vermutlich Conrad Schlatter, war auch in der Lage, die Schaffhauser Teilnehmer an der Oltner Tagung aufzuzählen: Nationalrat Robert Grieshaber, Nationalrat Wilhelm Joos, Ständerat Johannes Müller, Major Arnold Büel, Major Heinrich Bolli und Redaktor Hermann Freuler. Ihnen schloss sich auf eigene Faust Redaktor Eugen Müller an<sup>16</sup>. Die Oltner Tagung wurde zum Gründungsakt der *Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz*, welche sich gegen die «Beutezugsinitiative» der Konservativen und gegen die Initiative «Recht auf Arbeit» der Sozialdemokraten abgrenzte. Auf den ersten Blick lassen sich unter den Schaffhauser Teilnehmern politische Antipoden erkennen. Auf persönliche Differenzen zwischen Bolli, Freuler und Eugen Müller wurde bereits hingewiesen. Unter den übrigen Teilnehmern sticht Wilhelm Joos heraus, der am wenigsten ins Bild passen will. Er trat 1896 der «sozial-politischen Gruppe» der Bundesversammlung bei, wie sich die extreme linke Fraktion damals nannte<sup>17</sup>. Als Einzelgänger hatte er mit den andern Delegierten wenig gemein. Gustav Schoch, der als einziger der Schaffhauser Vertreter in der Bundesversammlung der Tagung fernblieb, scheint sich noch weniger mit den Gründungsgedanken der *Freisinnig-demokratischen Partei* identifiziert zu haben.

Die politischen und persönlichen Differenzen im unorganisierten Lager der Schaffhauser Freisinnigen verzögerte zwar die sofortige Gründung der Kantonalpartei, doch können die Tagungsbesucher von 1894 als Urzelle der im Jahr 1904 gegründeten *Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Schaffhausen* betrachtet

---

<sup>15</sup> KZ 24.2.1894.

<sup>16</sup> ST 26.2.1894.

<sup>17</sup> Gruner, Bundesversammlung 498.



werden. Zwischen beiden Daten starben Gustav Schoch (1895), Wilhelm Joos (1900) und Hermann Freuler (1903). Mit ihnen verschieden die drei bedeutendsten und markantesten Politiker des Kantons im ausgehenden 19. Jahrhundert. Erst durch den Tod dieser drei recht verschiedenen Repräsentanten, die sich alle eine eigene, starke Stellung geschaffen und dennoch alle auf ihre Weise ausgleichend zwischen Rechts und Links, Stadt und Land, Liberalismus und Sozialismus gewirkt hatten, wurde der Weg frei zur Bildung einer einheitlichen freisinnigen Parteiorganisation.

Vorerst hatten sich die Vertreter des *Politischen Vereins* mit dem Einschnitt in die politischen Verhältnisse zu befassen, der 1895 durch Carl Sigerist-Schellings Wahl in den Regierungsrat erfolgt war. Sie wurde durch den darin zum Ausdruck kommenden Zusammenfluss von demokratischen und sozialistischen Anliegen des Volkes zum Anlass, die Organisationsform zu überdenken. Eugen Müller berichtet darüber im *Tagblatt*,

*... dass die Thiergartenversammlung vom letzten Freitag beschlossen hat, es sei ein Elferausschuss mit der Reorganisation des politischen Vereins zu betrauen. Von verschiedenen Seiten (Dr. Schoch und Frauenfelder) wurde zwar befürwortet, die bisherige Organisation, wonach der politische Verein nur das Mädchen für Alles war und sich mit der Veranstaltung öffentlicher Versammlungen begnügte, beizubehalten. Es ist sehr fraglich, ob die genannten Redner nach der gestrigen Wahl auch noch der gleichen Ansicht sind. Die Mehrheit der etwa 60 Mann starken Versammlung fand dagegen, es sei eine eigentliche Parteiorganisation mit bestimmtem Programm, die sich auch auf die Landschaft auszudehnen hätte, anzustreben. Für einen kleinen Kanton wäre die Parteiorganisation ein Unglück, so führten die Vertreter der Minderheit aus, man stehe sich zu nahe. Wir hoffen das Gegenteil, dass die Gründung einer Mittelpartei viele aus ihrer politischen Gleichgültigkeit herausreissen, dass sie das Volk nicht auseinanderreiben, wohl aber einen festen Kern bilden werde, der, von der Tagesströmung unabhängig, bestimmte Ziele fest im Auge behält. Verwirklicht sich diese Hoffnung, dann hat der ganze Rummel, dessen ersten Akt wir jetzt erlebt haben, doch eine gute Frucht gezeitigt<sup>18</sup>.*

Doch der demokratische Rummel war zu kurz, um den *Politischen Verein* nachhaltig zu beeinflussen. Die jäh abgebrochene,

---

<sup>18</sup> ST 25.2.1895.



sechsmonatige Regierungszeit von Sigerist-Schelling, das unerwartete Eingehen seines sozialdemokratischen *Schaffhauser Volksblattes*, das unglückliche Ende des Volksführers und das Versanden der Revisionskampagne gaben dem freisinnigen Lager die Sicherheit, dass sich ohne weitere Anstrengung eine Politik in seinem Sinn führen lasse. Tatsächlich konnte der Schaffhauser Freisinn um die Jahrhundertwende auf eine Parteiorganisation verzichten, weil die politisch führenden Persönlichkeiten alle auf seiner Seite standen und durch Freundschafts- oder Familienbande zusammengehalten wurden. Zudem führte der freisinnige Stadtpräsident Dr. Carl Spahn, der das Vertrauen der Grütlianner genoss, eine weitsichtige Kommunalpolitik, die einem Sozialdemokraten alle Ehre gemacht hätte. Er «verstaatlichte» nacheinander das Gaswerk (1895), das Elektrizitätswerk (1897), die Verkehrsbetriebe (1901) und stellte für industrielle Zwecke das Ebnetquartier zur Verfügung<sup>19</sup>. Diese Massnahmen waren mehr, als eine linke Opposition hätte verlangen können. Der *Grütliverein* anerkannte Spahns Sozial- und Kommunalpolitik dadurch, dass er ihn bei der Nationalratsersatzwahl für Wilhelm Joos unterstützte<sup>20</sup>.

### Die Politisch-freisinnige Vereinigung

Erst durch Hermann Schlatters Eintritt in die Schaffhauser Politik erwies sich ein bürgerlicher Zusammenschluss als eine politische Notwendigkeit. Im Jahr 1903 gelang es Eugen Müller, die *Politisch-freisinnige Vereinigung* zu gründen. Anlass dazu war die Schaffhauser Bezirksrichterwahl, in der sich der spätere Regierungsrat Dr. Fritz Sturzenegger und Hermann Schlatter als Kandidaten gegenüberstanden. Relativ knapp siegte der bürgerliche Sturzenegger, worauf Eugen Müller die unkontrollierbare Politik der Stammtische und die Zufallswahlerei im *Tagblatt* heftig anprangerte und einmal mehr eine Sammlung der Bürgerlichen in eine Parteiorganisation forderte. Der Aufruf schloss mit den Worten *Wir erwarten davon eine Gesundung unserer politischen Verhältnisse, eine Verbesserung unserer Wahlsitten und unserer Wahlmoral, eine Bekämpfung eines undemokratischen Tribunats*<sup>21</sup>. Das

---

<sup>19</sup> Die Verdienste von Carl Spahn als Stadtpräsident würdigt ausführlich Steine-  
mann 7—10.

<sup>20</sup> ST 30.11.1900.

<sup>21</sup> ST 30.1.1903.



Tribunat, das dem Tagblattredaktor in die Augen stach, bestand aus drei radikalen Sozialdemokraten Redaktor Hermann Schlatter, Arbeitersekretär Emil Meyer und dem Juristen Johannes Müller. Müller hatte in den Wahlvorbereitungen als politischer Redner debütiert, indem er sich vehement für Schlatter eingesetzt und die Kandidatur Sturzenegger bekämpft hatte. Der Tagblattredaktor bezeichnete ihn in Anlehnung an den freisinnigen Berner Stadtpräsidenten und Obersten Eduard Müller, der als Bürgerlicher den Sozialdemokraten Sympathie entgegenbrachte, als «Roten Müller» von Schaffhausen<sup>22</sup>. Unter dieser Bezeichnung ist denn auch Müllers markante Persönlichkeit in die Schaffhauser Geschichte eingegangen.

Tagblattredaktor Eugen Müller erreichte sein altes Ziel, als sich am 20. Februar 1903 im «Tiergarten» die *Politisch-freisinnige Vereinigung* konstituierte<sup>23</sup>. Sie hatte den Charakter einer gesamtbürgerlichen Einigung gegenüber den Sozialdemokraten. Mitglieder konnten Einwohner der Stadt Schaffhausen werden, die weder einer sozialistischen noch einer konservativen geschlossenen Verbindung angehörten<sup>24</sup>. Dass man den Bogen sehr weit spannen wollte, beweist die Einladung an Dekan Johann Weber, namens der Katholiken ebenfalls beizutreten<sup>25</sup>. Die von 95 Personen besuchte Versammlung wurde von Major Carl Küth eröffnet. Küth war damals Kommandant des Schaffhauser Füsilierbataillons 61. Sein Vater Adam Küth hatte sich im Zeitalter des Kulturkampfes um die Sammlung der freisinnigen Schaffhauser Katholiken bemüht (S. 134). Staatsanwalt Emil Frauenfelder erklärte anlässlich der Gründungsversammlung den freiwilligen Proporz als Gründungsziel, der allen politischen Gruppierungen den ihnen zukommenden Einfluss sichern sollte. Er bezeichnete die Vereinigung als religiös indifferent, so dass sowohl Reformer wie Positive darin Platz finden könnten. Carl Stoll-Kübler gab die Erklärung ab, dass diese bürgerliche Vereinigung nicht so zu verstehen sei, dass darin nur Bürger der Stadt Schaffhausen aufgenommen würden, sondern selbstverständlich auch Niedergelassene. Aus diesem Votum wird deutlich, dass um 1900 die Bezeichnung «Bürger» und «bürgerlich» nicht mehr ausschliesslich zur Bezeichnung eines politisch-rechtli-

---

<sup>22</sup> ST 17.1.1903.

<sup>23</sup> Versammlungsbericht in ST 21.2.1903. Materialien zur *Politisch-freisinnigen Vereinigung* finden sich im Stadtarchiv unter D I 02.80.

<sup>24</sup> ST 18.2.1903.

<sup>25</sup> Erinnerungen von Theodor Lunke in SZ 22.3.1930.



chen Status verwendet wurde, sondern bereits als ideologische Bezeichnung verwendet wurde; «bürgerlich» und «sozialdemokratisch» wurde ein Gegensatz weltanschaulicher und politischer Art.

Der Vorstand der *Politisch-freisinnigen Vereinigung* setzte sich zusammen aus Forstmeister Georg Steinegger als Präsident, Major Carl Küth, Dr. iur. Hans Schudel, Dr. iur. Otto Isler, Redaktor Eugen Müller, Ferdinand Jezler, Fabrikant, Anton Zindel-Kressig, Telegraphist, und Viktor Ulmer, Kontrolleur<sup>26</sup>. Auffallend ist, dass sich die Anhänger des *Politischen Vereins* nicht in die *Politisch-freisinnige Vereinigung* integrieren liessen. Unter der Aegide Bolli-Spahn gebärdete sich der *Politische Verein*, soweit er sich überhaupt noch in der Öffentlichkeit bemerkbar machte, antikirchlich, so dass offenbar ein fruchtbares Zusammenwirken mit den teilweise kirchlich gebundenen Bürgerlichen der *Politisch-freisinnigen Vereinigung* aussichtslos erschien.

Die *Politisch-freisinnige Vereinigung* war ein untauglicher Versuch, eine gesamtbürgerliche, antisozialistische Organisation zu schaffen. Sie hatte das für eine Partei seltsam anmutende Ziel, alle politischen Gruppierungen mittels eines freiwilligen Proporztes zu ihrem Recht kommen zu lassen. In der Praxis hiess das, dass die Vereinigung gerade dann Neutralität wahren musste, wenn ein Sozialdemokrat gewählt werden wollte. Tatsächlich verhielt sie sich bei der Wahl von Hermann Schlatter in den Kantonsrat (29. März 1903) absolut still<sup>27</sup>. Als es dann aber innerhalb des bürgerlichen Lagers anlässlich der Stadtschulratswahl nicht zu einem Ausgleich kam und den Katholiken ihr Anspruch streitig gemacht wurde<sup>28</sup>, zeigte es sich, dass der Traum der einheitlichen bürgerlichen Politik an den gegenseitigen Ansprüchen der Bürgerlichen unter sich scheitern musste.

Die Freisinnigen, Protestanten und Katholiken sahen sich gezwungen, zur Wahrung ihrer spezifischen Interessen je eine eigene Organisation zu schaffen. Fast gleichzeitig entstanden in den Jahren 1904 und 1905 die entsprechenden politischen Parteien, die unabhängig voneinander vorgehen wollten, um den Anhang in der Wählerschaft festzustellen. Erst dann war eine Basis vorhanden, um die proportional gerechte Verteilung der Sitze und Ämter zu fordern und zu erkämpfen.

---

<sup>26</sup> ST 21.2.1903.

<sup>27</sup> ST 16.4.1903.

<sup>28</sup> SZ 22.3.1930, 30.6.1954.